

HANDELSSTREIT DER WIRTSCHAFTSMÄCHTE

China nutzt das Zoll-Urteil für sich

Von Gregor Scheu

Es war von Anfang an ein Missverständnis. Als Donald Trump den Handelsstreit mit China im vergangenen Jahr erneut eröffnete, dachte der US-Präsident in Handelsdefiziten und Druckmitteln. Strafzölle sollten chinesische Zugeständnisse erzwingen, Abhängigkeiten verringern. Die Regierung in Peking dagegen rechnete anders. Für China war der Konflikt kein Streit über Warenströme, sondern ein Wettbewerb der Systeme. Nicht der kurzfristige Schlag zählte, sondern die langfristige Wirkung: Welche Großmacht erscheint stabiler, berechenbarer, wenn sich der Staub gelegt hat?

Der Supreme Court hat Trumps zentrale Zollmaßnahmen nun in seinem Urteil kassiert. Das unterstreicht diese Diskrepanz jetzt. Ökonomisch mag der Effekt begrenzt sein. Politisch ist er es nicht. Denn das Urteil verstärkt jene Erzählung, an der Peking seit Jahren arbeitet: ein Amerika, das mit sich selbst ringt. Und ein China, das Kurs hält.

Die Regierung in Peking inszeniert sich als verlässlicher Partner

Dazu passt die Reaktion des chinesischen Handelsministeriums, das das Urteil des Supreme Court am Montag kommentierte: Man nehme die Entscheidung „zur Kenntnis“, prüfe die Auswirkungen sorgfältig und werde „die legitimen Rechte und Interessen Chinas entschlossen wahren“. Kein Triumph, kein Spott, keine Eskalation. Stattdessen der Ton, den die Volksrepublik in diesem Konflikt seit Monaten pflegt: ruhig, kontrolliert, staatstragend.

China wusste von Anfang an, dass der Handelsstreit nicht nur ein bilaterales Duell war. Zölle und Gegenzölle wirkten weit über Washington und Peking hinaus. Für Mittelmächte und die Länder des globalen Südens wurde er zum Testfall politischer Verlässlichkeit. Während Washington nahezu alle Handelspartner mit neuen Zöllen belegte und damit Unsicherheit in Lieferketten und Investitionsentscheidungen brachte, demonstrierte China strukturelle Macht, etwa durch Exportkontrollen bei strategischen Rohstoffen wie Seltenen Erden. Die Botschaft war klar: Abhängigkeiten sind real. Doch inszenierte Peking seine Maßnahmen als Reaktion, nicht als Offensive. Mit jeder weiteren Runde von Zoll und Gegenzoll verfestigte sich die Rollenverteilung immer weiter: hier der impulsive Druckmacher, dort der geduldige Verteidiger. China musste diesen Handelskrieg nicht „gewinnen“. Die Volksrepublik konnte schlicht abwarten, bis der aggressive Kurs von Donald Trump sich innen- wie außenpolitisch selbst demontierte.

Hier liegt Pekings struktureller Vorteil. In China wäre ein Urteil, das die politischen Entscheidungen der Kommunistischen Partei kippt, unmöglich. Es gibt in der Volksrepublik schlicht keine unabhängige Justiz, die die Exekutive ausbremst. Strategische Kontinuität ist politisch garantiert. Genau dieses Bild kultiviert Peking: Demokraten seien unberechenbar und sprunghaft, autoritäre Systeme wie das chinesische dagegen für alle Parteien planbar und vor allem verlässlich.

Die Ironie liegt auf der Hand. Der Supreme Court begrenzt die amerikanische Exekutive und bestätigt damit zugleich die Funktionsfähigkeit unabhängiger Institutionen in den USA. Doch im globalen Wettbewerb wirkt diese Selbstbegrenzung wie Unsicherheit. China profitiert davon.

Die eigentliche Gefahr liegt deshalb in einer falschen Schlussfolgerung. Denn wer aus diesem Moment ableitet, China sei der verlässlichere Partner, verwechselt Geschlossenheit mit Gemeinwohl. Fälle wie Nexperia oder die Instrumentalisierung Seltenere Erden zeigen, dass auch Peking wirtschaftliche Verflechtungen ohne Rücksicht auf andere Nationen geopolitisch einsetzt, wenn es davon geopolitisch profitieren kann.

Der Handelsstreit offenbart deswegen keinen Gegensatz von Gut und Böse, sondern zwei Varianten strategischer Eigeninteressen. China hat früher verstanden, dass es gilt, diese Eigeninteressen geschickter zu verpacken. Doch folgt auch Pekings zurückhaltendes Vorgehen am Ende einem klaren Prinzip: China first.

HEUTE

Guter Start

Daniel ist 25 und hat 17 000 Euro im Depot. Wie gut ist seine Strategie? Der „SZ-Depotcheck“ 14

Schlechte Stimmung

Bekommen Firmen nach dem Zoll-Urteil Geld zurück? Und was gilt jetzt? 15

» www.sz.de/wirtschaft



Deutschland ist Schätzungen zufolge mittlerweile auf Platz vier der weltgrößten Waffenexporteure, nur die USA, Frankreich und China verkaufen mehr Waffen ins Ausland.

FOTO: NOAH WEDEL/IMAGO

Von Torben Kassler und Joscha Westerkamp

Vor vier Jahren hat sich das Leben in Europa schlagartig verändert. Russland griff die Ukraine an und brach mit dem Bild des fast 70-jährigen Friedens. „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“, sagte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz drei Tage später. 100 Milliarden Euro stellte er als „Sondervermögen“ für die Bundeswehr bereit, damit wurde sogar die Schuldenbremse umgangen. Diskussionen über Krieg und Frieden füllten seither Zeitungen, Talkshows und Social-Media-Feeds. Dabei gibt es einen klaren Sieger: die Rüstungsbranche.

Wer Flugzeuge baut, Drohnen entwickelt oder die Software dafür programmiert, erlebt durch die Krise einen Boom. Aber wie sehr eigentlich? Wie viel Geld gibt Deutschland wirklich für Panzer und Raketen aus? Und wie viel davon fließt ins Ausland? Das alles ist schwerer zu beantworten, als man denken könnte. Vieles in der deutschen Verteidigungspolitik gilt als geheim, anderes versteckt sich tief in Dokumenten der Ministerien. Die SZ hat diejenigen Daten zusammengetragen, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, um so einen möglichst vollständigen Einblick in die Blackbox zu geben.

Wie viel Geld gibt Deutschland für Verteidigung aus?

Gut 100 Milliarden Euro sollen vergangenes Jahr in die deutsche Verteidigung geflossen sein. Genau nachgerechnet hat dies das Verteidigungsministerium noch nicht, aber so war die Planung. Es wäre der höchste Wert seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Vor Beginn der Zeitenwende, im Jahr 2021, war der Etat gerade mal halb so hoch. Ein beachtlicher Anstieg: In den fünf Jahren davor, von 2016 bis 2021, wurden die Ausgaben gerade mal um gut zehn statt 50 Milliarden Euro erhöht.

Zu diesen Ausgaben zählen allerdings nicht nur Käufe von Panzern oder Gewehren, sondern auch die Instandhaltung von Kasernen und Personalkosten. Bis zum Angriff Russlands auf die Ukraine machten letztere sogar einen Großteil aus. „Da waren nur ganz geringe Ausgaben für Rüstung im Verteidigungshaushalt drin“, sagt der Ökonom Guntram Wolff, der unter anderem am Kieler Institut für Weltwirtschaft zu Rüstungsausgaben forsch. Erst mit dem Beschluss des Sondervermögens sei von den Verteidigungsausgaben wirklich viel Geld in Rüstung wie Panzer, Flugzeuge oder Verteidigungssoftware geflossen.

Doch erst nach etwa anderthalb Jahren sei das neu geschaffene Geld wirklich ausgegeben worden, sagt Wolff, und auch dann nicht direkt alles auf einmal. Deshalb ist auch kein großer Sprung in der Grafik zu sehen. Warum das so lange gedauert hat? „Der wichtigste Grund ist, dass wir eine Demokratie sind“, erklärt Politologe Ulrich Kühn, der am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik den Forschungsbereich zur Rüstungskontrolle leitet. In der Zeit hätte es einfach noch viele Abstimmungen gebraucht, um tatsächlich festzulegen, wohin die Milliarden fließen sollen.

Wie viel Rüstung kauft Deutschland aus dem Ausland?

Und wohin sind sie dann geflossen? Kommen sie der deutschen Wirtschaft zugute oder sind sie eine Finanzspritze für ausländische Rüstungsunternehmen? Wolff hat zusammen mit einem Team von Ökonomen am Kieler Institut Daten zu Rüstungsausgaben gesammelt, direkt aus Veröffent-

lichungen des Verteidigungsministeriums. Daraus lässt sich klar erkennen: Ein Großteil der Gelder, die für die hiesige Ausrüstung bereitgestellt werden, geht an deutsche Unternehmen.

Von den rund 170 Milliarden Euro, die die Bundesregierung im Zeitraum zwischen 2020 und 2025 für Aufrüstung bereitgestellt hat, gingen etwa 109 Milliarden an heimische Firmen und lediglich 41 Milliarden gesichert ins Ausland. Bei den übrigen 19 Milliarden machte das Verteidigungsministerium keine genaueren Angaben darüber, wer die Aufträge empfangen hat.

Aber auch bei Firmen, deren Hauptsitz nicht in Deutschland ist, können deutsche Unternehmen und damit auch der deutsche Staat daran mitverdienen. Wolff nennt etwa die Patriot-Abwehrraketen als ein Beispiel hierfür: Die würden zum Teil in Deutschland vom hiesigen Luftverteidigungshersteller MBDA produziert. Entwickelt hat sie aber das US-Rüstungsunternehmen RTX. „Das heißt also, dass nicht alles importiert wird und Deutschland trotzdem nicht die 100-prozentige Kontrolle über dieses Produkt hat.“

Auch können einzelne Rüstungsaufträge eine enorme Auswirkung auf die Statistik haben. So hat 2022 die über acht Milliarden Euro teure Beschaffung von 35 Kampfhelmen aus den USA gut ein Drittel der gesamten Beschaffungsausgaben des Jahres ausgemacht – und fast 90 Prozent des Auftragsvolumens, das ins Ausland ging.

Von welchen Ländern importiert Deutschland am meisten?

Und welche Länder im Ausland sind es nun, in denen Deutschland bestellt? Auch das variiert gerade wegen der Größe der Aufträge von Jahr zu Jahr stark. Rechnet man alle Bestellungen von 2022 bis 2024 zusammen, lässt sich ein besserer Eindruck gewinnen. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor.

Die meisten Rüstungsimporte kommen aus den USA. Experten warnen deshalb vor

einer Abhängigkeit. „Der Kern des Problems ist dabei gar nicht die Menge“, sagt Wolff, „sondern dass wir technologisch abhängig sind.“ Gerade Software und andere Hightech-Waffensysteme kommen zu weiten Teilen aus den USA. Das zweitmeiste Geld ging seit der Zeitenwende nach Israel. Der Großteil davon floss in das Luftverteidigungssystem Arrow 3, das Deutschland für etwa vier Milliarden Euro bestellt hat. Der Haushaltsausschuss stimmte dem im Oktober 2023 zu – zwei Wochen nach dem Überfall der Hamas auf Israel.

Auf dem dritten Platz landen die Niederlande. Ein Teil des Geldes davon bleibt in Deutschland: Für die 3,5 Milliarden Euro wurden Fregatten der Schiffswerft Damen Schelde bestellt. Die hat ihren Sitz zwar in den Niederlanden, lässt die Schiffe aber von der Bremer Werft Lürssen bauen. Der Rest kommt aus Ländern wie England, Schweden oder Frankreich, macht aber insgesamt nur einen sehr kleinen Teil der Bestellungen aus. In England zum Beispiel beteiligt sich Deutschland mit gut 60 Millionen Euro an der Entwicklung moderner Pilotenhelme, sie sollen unter anderem ein Farbdisplay und Rundum-Audio haben.

„Je technologisch fortschrittlicher ein Produkt ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass das ausländische Komponenten drin sind“, sagt der Ökonom Wolff. Problematisch werde das, wenn daraus eine Abhängigkeit entsteht, weil Deutschland in einer Sparte überhaupt nichts selbst produzieren könne. Dass Deutschland alles selbst herstellen muss, sei aber „Unfug“, sagt Politologe Kühn. Und es passiert ja auch das Gegenteil: Andere Länder ordern ebenso bei deutschen Herstellern.

Wie viele Waffen exportiert Deutschland?

Nicht nur Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine zunehmende Verschärfung des geopolitischen Klimas zu spüren bekommen. Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine wuchsen die jährlichen Rüstungs-

exporte um fast 50 Prozent. Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI stieg Deutschland seitdem von Platz sechs auf Platz vier der weltgrößten Waffenexporteure, nur noch überboten von den USA, Frankreich und China.

Ein Grund dafür liegt in einer Veränderung der deutschen Rüstungsexportpolitik. Die habe sich etwas aufgeweicht: Laut Kühn galt sie im europäischen Vergleich bisher als eher restriktiv und werteleitet. Inzwischen sei sie das weniger, stattdessen ständen eher nationale Interessen im Vordergrund. Dieser Trend gehe allerdings auch von den Großmächten der Welt aus.

Außerdem wurde 2023 ein Mittel geschaffen, um Rüstungsexporte schneller und unkomplizierter zu gestalten: die sogenannte Allgemeine Genehmigung. Sie erlaubt eine sofortige Ausfuhr der Rüstungsgüter und soll Kooperationen innerhalb der EU und mit Nato-Ländern fördern. Während sich diese Allgemeinen Genehmigungen im Jahr ihrer Einführung noch auf 76 Millionen Euro beliefen, waren es im vergangenen Jahr rund 3,3 Milliarden Euro.

In welche Länder Deutschland exportiert, hängt nicht nur davon ab, wer gern hiesige Panzer oder Flugzeuge kaufen möchte. Die meisten Exporte müssen erst von der Bundesregierung genehmigt werden. Schließlich will niemand, dass später ein deutscher Verbündeter – oder gar Deutschland selbst – mit den eigenen Waffen angegriffen wird.

Über die genehmigten Exporte legt die Bundesregierung dann jährlich Bericht ab. In diesen Berichten werden die Waffentypen, Auftragsvolumina und Empfängerländer der sogenannten Einzelgenehmigungen aufgeführt. Für manche Waffen oder Waffenteile, die Deutschland verlassen, gibt es allerdings auch Sammelgenehmigungen. Diese werden beispielsweise für gemeinsame Rüstungsprojekte mit besonders vertrauenswürdigen Partnern vergeben. Der monetäre Umfang der Sammelgenehmigungen lässt sich allerdings nicht so genau aufschlüsseln: Mal

erstrecken sich die in den Rüstungsexportberichten angegebenen Summen über mehrere Jahre, mal werden einzelne Waffenteile mehrmals eingerechnet. Daher lässt sich nur genau sagen, wie viel die Einzel- und Allgemeine Genehmigungen in verschiedene Länder wert waren – der tatsächliche Wert aller Exporte könnte also auch noch höher gelegen haben.

Die mit Abstand meisten Waffenlieferungen gehen seit 2022 in die Ukraine. Vor Kriegsbeginn wurden dort kaum deutsche Waffen bestellt. Seitdem hatten die Exporte zusammen einen Wert von etwa 15 Milliarden Euro. Die muss die Ukraine allerdings nicht alle bezahlen: Um sie bei der Verteidigung zu unterstützen, wird der Ukraine einiges kostenlos zur Verfügung gestellt, etwa ältere Panzer der Bundeswehr.

An zweiter und dritter Stelle kommen die Niederlande und die USA. Mit einem Wert von etwa 1,5 bis zwei Milliarden Euro liegen die Exporte hier aber unter dem, was Deutschland im Gegenzug für Importe aus den beiden Ländern ausgibt. Mehr Exporte als Importe gibt es dafür nach Singapur und Norwegen. Der Wert liegt hier jeweils bei etwa 1,5 Milliarden. Auch Ungarn, Großbritannien und Südkorea bestellen viel in Deutschland. Vor dem Ukraine-Krieg gehörte Südkorea sogar zu den größten Waffenabnehmern. Ein weiteres großes Exportland ist Israel, dorthin gingen Exporte im Wert von etwa einer halben Milliarde Euro.

Die Exporte nach Israel sind besonders umstritten. Das liegt vor allem daran, wie die israelische Armee im Gazastreifen vorgeht. Der politischen und militärischen Führung des Landes werden unter anderem Kriegsverbrechen und von manchen Experten sogar Völkermord an den Palästinensern vorgeworfen. Im August 2024 verhängte Bundeskanzler Olaf Scholz einen Genehmigungsstopp neuer Rüstungsexporte nach Israel. Der wurde inzwischen wieder aufgehoben. Trotzdem zeigt der vorläufige Rüstungsexportbericht für 2025, dass es so gut wie keine neuen Genehmigungen gab.

Zwischen Bestellung und tatsächlicher Lieferung können allerdings auch manchmal mehrere Jahre liegen. Das ist vor allem dann der Fall, wenn nicht einfach Panzer aus dem fertigen Bestand geliefert werden, sondern diese erst neu gebaut oder gar entwickelt werden müssen.

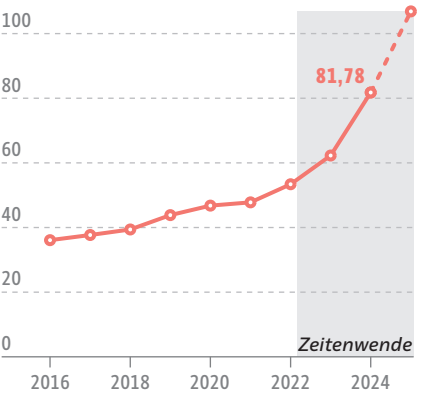
Was ist mit den Rüstungsfirmen selbst?

Während Deutschland gerade bei Hightech-Waffentypen ins Ausland schaut, sind es die herkömmlichen Waffensysteme, bei denen die hiesigen Hersteller punkten. „Als klassischer Industriestandort hat Deutschland die Kapazität, auch relativ klassisch zu produzieren. Lastwagen, Panzer, Schiffe, das sind große Sektoren der deutschen Rüstungsindustrie“, sagt Wolff. Vor wenigen Jahren mussten sich Rheinmetall, Hensoldt, Renk und Co. noch mit der internationalen Konkurrenz streiten. Dank der gestiegenen Inlandsnachfrage und der generellen Kriegsstimmung in Europa erhalten die deutschen Anbieter nun Auftrag um Auftrag. „Es sind goldene Zeiten für die Rüstungsbranche in Deutschland“, sagt Kühn. Das zeigt sich beispielhaft an den Aktienkursen der börsennotierten Rüstungsfirmen des Landes.

Während etwa US-Firmen wie Lockheed Martin oder RTX ihre Kurse gerade einmal verdoppeln konnten, kletterte der Kurs von Renk – dem Schlusssicht im Deutschlandvergleich der Kurssteigerungen – zeitweise auf ein Fünffaches des Vorkriegsniveaus. Rheinmetall-Anleger konnten sich sogar über eine Verdreifung ihrer Aktienwerte freuen.

Deutsche Ausgaben für Verteidigung

inklusive Personal, in Milliarden Euro

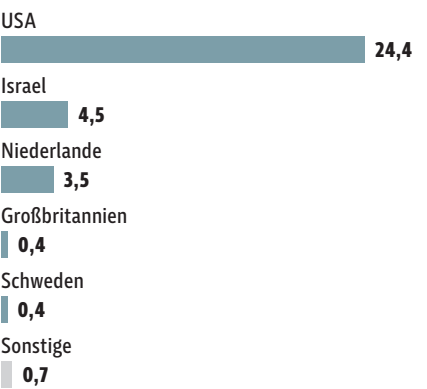


Bei Rüstungsbestellungen zählt der Zeitpunkt der Genehmigung. Für 2025 liegen nur Planungsdaten vor.

SZ-Grafik: wesjo; Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, BMVG; Kiel Military Procurement Tracker; Rüstungsexportberichte der Bundesregierung

Rüstungsimporte

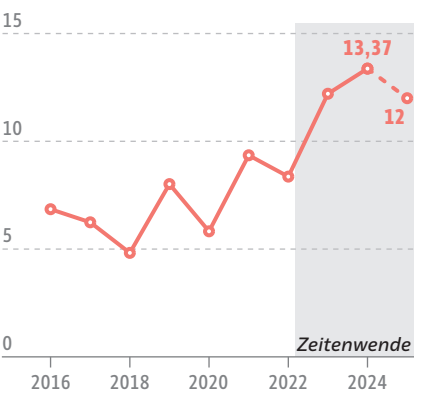
mit Bestellung von 2022 bis 2024, in Milliarden Euro



Ohne Einkäufe bei deutschen Rüstungsunternehmen oder unbekannten Herstellern.

Deutsche Rüstungsexporte

in Milliarden Euro, nach Jahr der Genehmigung



Nur Einzel- und Allgemeine Genehmigungen. Für 2025 sind die Daten nur vorläufig.